

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung

Zur Fachtagung »Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Fokus von Politik und politischer Bildung« hatte die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) am 6. Juli 2010 in die Katholische Akademie in Berlin eingeladen. Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten darüber, wie das Verhältnis von Politik, politischer Bildung und Zivilgesellschaft zu verbessern ist. Zum Auftakt unterstrich Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Notwendigkeit, nach »gemeinschaftsfördernden Kräften in unserer Gesellschaft« zu suchen. »In Zeiten der Globalisierung entsteht oftmals der Eindruck, unsere Gesellschaft leide unter einem Gemeinschaftsdefizit«, beschrieb er die verbreitete Wahrnehmung einer schwindenden Gemeinschaftskultur. Wer dies so negativ empfinde, übersehe allerdings die vielen neuen Formen von Gemeinschaftserlebnissen, wobei er an erster Stelle die gesellschaftliche Bedeutung der Religion nannte.

Im Mittelpunkt der Tagung standen Erörterungen und Sondierungen dazu, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und was ihn gefährdet. Politik und politische Bildung beantworten diese Frage – systembedingt – auf je eigene Weise. Der Minister betonte, dass die gesamte Bürgerschaft gefordert sei; auch an den Küchentischen müsse der politische Diskurs wieder stattfinden. Von den Bildungsverantwortlichen wurde auf die Notwendigkeit einer breiten, professionellen Unterstützung und Ermunterung eines solchen Diskurses verwiesen. Grundsätzlich fand dies die Zustimmung des Ministers, der u.a. ausführte: »Politische Bildung ist keine Feuerwehr, die einzusetzen ist, wenn es brennt. Politische Bildung ist eine kontinuierliche Daueraufgabe mit einem hohen Bedeutungswert demokratischer Bewusstseinsbildung, die auch zur Integration und zur Prä-

vention von verschiedenen Erscheinungsformen des Extremismus beitragen kann.«

Einig war man sich in der Analyse vieler relevanter Spannungsfelder. Dazu gehörten die Entwicklungen der Einwanderungs- und Informationsgesellschaft oder der demografische Wandel. In einem zweiten Schritt ging es darum, welche Lehr- und Lernarrangements sich bewährt haben und wo – teils mit innovativen und experimentellen Ansätzen – gearbeitet wird. »Die Beispiele machen deutlich, welche generelle Bedeutung der politischen Bildung für die Gewährleistung oder Wiederherstellung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zukommt oder aber zukommen sollte«, erklärte dazu Lothar Harles, Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB).

Blended Learning DDR ...

Die Bandbreite der Themen und Methoden ist dabei enorm groß, wie die Projektpräsentationen zeigten. Mit »Blended Learning DDR« stellte Boris Brokmeier vom Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten (AdB) ein onlinegestütztes Projekt der historisch-politischen Jugendbildung vor. Der AdB will damit die aktuelle Diskussion über das Nichtwissen junger Menschen in Sachen DDR oder deutsche Zeitgeschichte aufgreifen und mit neuen medialen Lernformen verknüpfen. Das Integrationsprojekt »i-punkt« der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg setzt dagegen auf die Ansprache von Migrantinnen und Migranten und will mit seinen Aktivitäten einen Beitrag zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund leisten. Bei weiteren Beispielen ging es um die Arbeit mit benach-

teiligten Jugendlichen oder mit Minderheiten. Abschließend wurde die empirische Basis der Bildungsarbeit thematisiert. Dr. Helle Becker stellte dabei Ansatzpunkt und Erkenntnisinteresse des bap-Forschungsprojektes »Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln« vor. Zu den vorläufigen Ergebnissen des Projekts gehört die Erkenntnis – die während der Tagung auch in Gesprächsrunden mit Wissenschaftlern und Experten bestätigt wurde –, dass politische Bildung biografisch relevante Wirkungen zeitigt, dass diese sich aber nicht in einem linearen Input-Output-Verhältnis erzielen lassen.

Politik und Zivilgesellschaft

»Politik und politische Bildung sollten stärker als bisher miteinander ins Gespräch kommen«, stellte Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale, in seinem Schlusswort fest. »Denn schließlich ist gesellschaftlicher Zusammenhalt in liberalen Demokratien das Ergebnis des Zusammenspiels von Politik und Zivilgesellschaft.« Während die Politik auf Basis der Verfassung den Ordnungsrahmen stelle, sei es Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, diesen Zusammenhalt in offenen und pluralistischen Gesellschaften tatsächlich zu schaffen. Dass dafür die ausgebaute Infrastruktur der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung eine gute Bedingung darstellt, machte die Tagung ebenfalls klar. Leider wurde hier aber auch deutlich, dass die politische Bildung – anders als in letzter Zeit verlautbart – ebenfalls in die jüngsten Sparmaßnahmen einbezogen werden soll, was gravierende Konsequenzen haben könnte. Informationen zur Tagung finden sich im Netz unter www.bpb.de/veranstaltungen/ZKOGO4.

Christina Marx